

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Kerrin Volkmann

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Antje Johanna Kloster
Beigeordneter Michael von den Berg

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Mitglied FDP-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Landvolkverein

beratendes Mitglied Jan-Gerd Behrends
beratendes Mitglied Hartmut Brören

Naturschutzbeauftragter

beratendes Mitglied Klaus Börgmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Verpflichtung der nicht dem Rat angehörigen Ausschussmitglieder gem. § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am (öffentlicher Teil)
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Zuwendungsvertrag Nationalpark-Informationszentrum Wilhelmshaven **322/2016**
- 5.2 Antrag auf Mitgliedschaft im Wadden Sea Forum **321/2016**
- 5.3 Einstellung eines Klimaschutzmanagers im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven **324/2016**
- 5.4 Haushalt 2017/2018, Teilhaushalt 32 (Bürgerangelegenheiten), 37 (Feuerwehr), und 63 (Umweltschutz und Bauordnung)
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Produktbericht II/2016 - Teilhaushalt 32, 37 und 63
- 6.2 Trilaterales Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (Nationalparkverwaltung Frau Sobottka)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Preuß eröffnet die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte er die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Verpflichtung der nicht dem Rat angehörigen Ausschussmitglieder gem. § 60 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

Herr Leinert verpflichtete **Herrn Hartmut Brören** und **Herrn Klaus Börgmann** gemäß § 60 NKomVG durch Handschlag, die Aufgaben des Rates nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

- 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass Punkt 4, Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2016, von der Tagesordnung genommen wird.

- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am (öffentlicher Teil)

- 5 Vorlagen an den Rat

- 5.1 Zuwendungsvertrag Nationalpark-Informationszentrum Wilhelmshaven **322/2016**

Herr Dr. Preuß erläutert detailliert die Beschlussvorlage Nr. 322/2016. Bei der anschließenden Abstimmung wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Verlängerung des Zuwendungsvertrages für das Informationszentrum Wilhelmshaven mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2021.

5.2 Antrag auf Mitgliedschaft im Wadden Sea Forum

321/2016

Einführend nimmt **Herr Dr. Preuß** Bezug auf die Beschlussvorlage Nr. 321/2016. Herr von Teichmann fragt, wie die Stadt Wilhelmshaven ihre Tätigkeit im Wadden Sea Forum wahrnehmen möchte. Hierzu erläutert **Herr Leinert**, dass das noch nicht abschließend geklärt sei. Erst nach dem Beitritt soll entschieden werden in welcher Form und in welcher Arbeitsgruppe eine Tätigkeit verrichtet werden soll, weiterhin sind noch keine Personalentscheidungen getroffen worden. Nach dem Beitritt soll dann im ULB Ausschuss darüber diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen werden. Daraufhin gibt **Herr Dr. Preuß** die Beschlussvorlage zur Abstimmung frei. Das Ergebnis ist eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Beitritt zum Wadden Sea Forum zum 01.01.2017

5.3 Einstellung eines Klimaschutzmanagers im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven

324/2016

Herr Dr. Preuß stellt zunächst die Beschlussvorlage Nr. 324/2016 vor und gibt diese anschließend zur Diskussion frei. **Herr Dr. v. Teichmann** schlägt vor, dass Herr Leonhardt kurz erläutert, was sich in den letzten Jahren in Sachen Klimaschutz getan hat und welche Aufgaben auf den neuen Klimaschutzmanager (in) zukommen würden. Im Zuge dessen, schlägt **Herr Marušić** vor, dass Herr Leonhardt die Präsentation für den Haushalt Klimaschutz und Energie vorzieht, um die Handlungsgebiete und Aufgaben anschaulich vorzustellen. Diesem wird entsprochen.

Herr Leonhardt stellt den Haushalt Energie und Klimaschutz vor (siehe Anlage). Zunächst präsentiert er die geplanten Maßnahmen für die Jahre 2017/2018. Da nicht alle Punkte explizit erläutert werden sollen, geht er speziell auf die Punkte Solarkataster und Thermographiebefliegung ein. Beim Solarkataster sollen alle Gebäude im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven erfasst und die Ergebnisse auf einer Internetplattform zugänglich gemacht werden. Die Eigentümer können sich somit informieren, ob auf Ihrem Gebäude eine Solaranlage lohnenswert ist. Auch die Ergebnisse der Thermographiebefliegung sollen öffentlich gemacht werden, um den Eigentümern aufzuzeigen, wie gut das Gebäude gedämmt ist und wie die Wärmeabstrahlung ist. **Laut Herrn Leonhardt** sollen so die Bürger angeregt werden, sich mit regenerativen Energien und der Wärmedämmung von Gebäuden zu befassen und diese Alternative für sich in Betracht zu ziehen. Hierzu fragt **Herr Dr. Preuß**, ob es eine Erfolgsquote im Bereich des Solarkatasters

gibt, d.h. wie viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot nutzen. **Herr Marušić** führt aus, dass es in Städten, die sich erfolgreich für den Klimaschutz einsetzen und ein vergleichbar gutes Konzept haben, ein erhöhtes Aufkommen an Solaranlagen und Photovoltaikanlagen gibt.

Herr Dr. von Teichmann fragt in diesem Zusammenhang nach der gültigen Rechtssituation in Bezug auf die Veröffentlichung von Daten der thermographischen Befliegung. Es sollte vorher geklärt werden, wer welche Gebäude im Internet anschauen darf und wer nicht. Hierzu führt **Herr Marušić** am Beispiel der Stadt Osnabrück aus, dass jeder die Gebäude einsehen kann, es sei denn, der Besitzer widerspricht der Veröffentlichung im Internet. Vergleichbar ist dieses System mit dem Angebot „google-streetview“.

Die Stadt Osnabrück hat die Vorgehensweise mit dem Landesdatenschutzbeauftragten abgeklärt. **Herr Marušić** sagt zu, die rechtlichen Bedenken in einer Vorlage, die dem ULB vorgelegt wird, zu klären.

Frau Volkmann fragt, wie oft die Daten aus der Thermographiebefliegung aktualisiert werden. **Herr Marušić** erläutert hierzu, dass es geplant ist, die Befliegung einmal durchzuführen. Er schließt allerdings nicht aus, dass es in ein paar Jahren einen weiteren Überflug geben wird.

Herr Dr. von Teichmann fragt abermals nach der rechtlichen Lage der Thermographiebefliegung. Er möchte wissen, ob das rechtlich einwandfrei ist. Hierauf entgegnet **Herr Marušić**, dass am heutigen Tag nur die Beschlussvorlage 321/2016 beschlossen wird. Die Punkte der geplanten Klimaschutzmaßnahmen werden im Ausschuss nochmals gesondert und detailliert vorgestellt.

Bei der Kampagne „clever heizen“ werden externe Energieberater auf Wunsch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt beraten. Speziell werden die Heizungsanlagen auf ihren Brennwert geprüft und es kann seitens der Berater angeboten werden, Tipps für das richtige Heizen zu geben.

Auf Nachfrage von **Herrn M. Harms** sagt **Herr Leonhardt**, dass auch ein hiesiger Schornsteinfeger unter den sechs Beratern aus Wilhelmshaven ist.

Ergänzend zu diesem Thema führt **Herr M. Harms** aus, dass auch über eine Zusammenarbeit mit den Schornsteinfegern gesprochen werden sollte, denn diese führen schon seit den 1970er Jahren eine Energieberatung durch.

Ein weiterer Punkt in den Erläuterungen von **Herrn Leonhardt** ist die Kampagne „grüne Hausnummer“. Hier werden die Bewohner eines Gebäudes mit einer grünen Hausnummer ausgezeichnet. Mit dieser Aktion soll gezeigt werden, dass die Bewohner sich aktiv für den Umweltschutz engagieren.

Weiterhin plant **Herr Leonhardt** Informationsveranstaltungen für Unternehmen sowie Privatpersonen für den Bereich von Blockheizkraftwerken und Mini-Blockheizkraftwerken durchzuführen.

Ergänzend führt **Herr Marušić** aus, dass der Klimaschutzmanager für ein Projekt weitere Fördermittel erhalten kann. Hier ist geplant, dass eine Schule mit einer neuen Heizungsanlage ausgestattet wird. Geplant ist ein Hackschnitzelkraftwerk, welches mit 50 % und bis zu 250.000 € gefördert werden kann. Die fossilen Brennstoffe, u.a. getrocknetes und in Briketts gepresstes Laub, sollen von den Technischen Betrieben Wilhelmshaven geliefert werden.

Herr Dr. Preuß schlägt vor, auch andere Projekte zu fördern, speziell die Erdwärme im Bereich von Starkstrom Erdkabeln der Firma Tennet.

Weiter fragt **Herr von Teichmann** nach der Energiesparverordnung und dem Fernwärmeconcept für den Rathausplatz. Hier weißt **Herr Leinert** daraufhin, dass die Energiesparverordnung (EnEV) von Seiten der Stadt in ihren Gebäuden eingehalten wird. Das Fernwärmeconcept ist für ihn nicht realisierbar, da es zu kostenintensiv wäre. Ferner gibt **Herr Leinert** an, dass die Stadt 100 Prozent regenerative Energien nutzt und zudem plant, den Energieverbrauch in den nächsten Jahren um bis zu 25 Prozent zu senken.

Herr Heinemann fragt, ob es möglich wäre eine genaue Statistik über den Energieverbrauch der städtischen Gebäude sowie der Eigenbetriebe und Gesellschaften zu erstellen und vorzustellen. Dieses ist laut **Herrn Leinert** bei der nächsten Sitzung möglich.

Herr Dr. Preuß hat noch einige Fragen zum Klimaschutzmanager. Welche Qualifikationen braucht er, in welche Besoldungsgruppe wird er eingruppiert und wie lange soll der Vertrag laufen. Diese Fragen müssen von der Verwaltung geklärt und danach vorgestellt werden. Wichtig ist aus seiner Sicht auch, dass dem zukünftigen Klimaschutzmanager eine berufliche und private Perspektive auf Dauer in Aussicht gestellt wird. Eine Einstellung, die auf drei Jahre befristet ist, ist seiner Meinung nach nicht zielführend.

Laut Herrn Marušić wird die Stelle zunächst auf drei Jahre befristet, eine Verlängerung von zwei Jahren ist grundsätzlich möglich. Die Anforderungen an die Stelle sind vom Fördermittelgeber vorgeschrieben und die Stelle nach der Entgeltgruppe E 11 ausgeschrieben.

Ergänzend dazu führt er aus, dass für eine längere Beschäftigung eine zusätzliche Stelle im Stellenplan geschaffen werden muss.

Abschließend liest **Herr Dr. Preuß** die Beschlussvorlage Nr. 321/2016 vor und gibt diese zur Abstimmung frei. Bei der Abstimmung wird einstimmig einer Einstellung eines Klimaschutzmanagers zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Einstellung eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin nach Maßgabe der Förderbedingungen der nationalen Klimaschutzinitiative der Bundesregierung (NKI) zu. Die Förderzusage durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) über 85 % der Personal- und Sachkosten für zunächst drei Jahre liegt vor. Eine Verlängerung der Förderung um weitere zwei Jahre ist möglich.

5.4 Haushalt 2017/2018, Teilhaushalt 32 (Bürgerangelegenheiten), 37 (Feuerwehr), und 63 (Umweltschutz und Bauordnung)

Zunächst stellt **Frau Fiedelak** sich als Referatsleiterin für das Referat 5 vor. Zudem gibt sie einen Überblick über die zugehörigen Fachbereiche. Des Weiteren schlägt sie vor, die Liste mit den wichtigen Ansprechpartnern zu ergänzen. Dieses wird Herr

T. Harms in Angriff nehmen.

Herr Dr. Preuß hat zunächst eine Frage an Frau Fiedelak, er möchte wissen, wie viele Stellen im Ordnungsdienst angesiedelt sind. Laut **Frau Fiedelak** sind zurzeit fünf von acht Stellen besetzt. Diese acht Stellen wurden im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 zur Besetzung ausgeschrieben. Der Ordnungsdienst wird bereits in Problemzonen wie z. B. der Marktstraße eingesetzt. Allerdings nur im Rahmen der Satzung der Stadt Wilhelmshaven. **Herr Müller** ergänzt, dass der Sicherheitsdienst bereits eng mit der Verfügungseinheit der Polizei zusammenarbeitet.

Abschließend sagt **Frau Fiedelak**, dass die fehlenden Stellen wieder neu ausgeschrieben werden.

Es folgt die Vorstellung des Teilhaushaltes 32 durch **Herrn H. Harms** (siehe Anlage).

Herr von Teichmann fragt hierzu, ob die aktuellen Einwohnerzahlen vom Zensus 2011 sind oder die offiziellen der Stadt Wilhelmshaven. Laut **Herrn H. Harms** sind es die fortlaufenden Zahlen des Einwohnermeldeamtes.

Herr Heinemann fragt, ob die Forderungen an Schuldner ausschließlich über eigenes Personal eingetrieben werden oder ob auch Firmen diese Gelder eintreiben. Hierzu führt **Herr H. Harms** aus, dass die Forderungen intern eingezogen werden.

Weiterhin fragt **Herr Heinemann**, wieso die Entwicklung der Zahlen so negativ ausfällt. Dieses ist gem. **Herrn H. Harms** dem erhöhten Personalbedarf geschuldet, da 8 Stellen für den Ordnungsdienst geschaffen wurden. Weiterhin sind erhöhte Ausgaben auf dem Gebiet der EDV zu verzeichnen.

Den Teilhaushalt 37 Feuerwehr stellt als Vertreter für Herrn Lutter und Frau Kiani **Herr Wiedenhöft** vor (siehe Anlage).

Frau Kloster fragt, ob die Schiffsbrandbekämpfung zentralisiert werden soll und ob die Stadt Wilhelmshaven hiervon betroffen ist. **Herr Wiedenhöft** stimmt zu, dass Änderungen im Bereich der Schiffsbrandbekämpfung geplant sind, allerdings sind keine Veränderungen für die Feuerwehr und ihre Aufgaben bekannt.

Herr Heinemann möchte wissen, ob auch private Firmen Stellungnahmen im vorbeugenden Brandschutz erstellen. Diese wird von **Herrn Wiedenhöft** verneint.

Herr Dr. von Teichmann fragt, ob zum Katastrophenschutz auch die Arbeit mit dem THW gehört. Dieses ist laut **Herrn Wiedenhöft** der Fall, auch andere Organisationen, wie z.B. die Johanniter, das DRK, die Bundeswehr oder der Mehrzweckzug der Feuerwehr gehören dem Katastrophenschutz an. Gemeinsame Übungen sind bis jetzt noch nicht durchgeführt worden, eine Zusammenarbeit gibt es im Bereich des Katastrophenschutzstabes.

Herr Heinemann fragt, ob der überwiegende Teil der Personalaufwendungen dem Rettungsdienst geschuldet ist. Dieses ist laut **Herrn Wiedenhöft** nicht der Fall, da alle Kameraden der Berufsfeuerwehr im Wechsel alle Fahrzeuge des Löschzuges besetzen. Ein festes Stammpersonal auf den Rettungswagen ist nicht vorhanden.

Frau Kloster möchte gerne wissen, ob für die Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden Gelder für Investitionen eingeplant sind. Laut **Herrn Leinert** werden in den kommenden Jahren Gelder für die Freiwilligen Feuerwehren bereitgestellt, diese sind in diesem Haushalt allerdings nicht aufgeführt.

Herr Marušić stellt nun den Teilhaushalt 63 vor (siehe Anlage).

Herr Dr. Preuß fragt, ob bei den Ausgaben für Personal neue Stellen geplant und eingestellt worden sind. Dieses ist laut **Herrn Marušić** nicht der Fall.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Produktbericht II/2016 - Teilhaushalt 32, 37 und 63

Es folgt die Vorstellung des Produktberichtes Teilhaushalt 32 durch **Herrn H. Harms** (siehe Anlage).

Herr Heinemann fragt, ob im Bereich der Parkplätze, die nur mit Parkscheiben beparkt werden dürfen, auch Kontrollen durchgeführt werden. Dieses ist laut **Herrn H. Harms** der Fall, die Mindereinnahmen können dadurch aber nicht ausgeglichen werden.

Abschließend berichtet **Herr H. Harms**, dass es eine Erstattung vom Zweckverband Jade Weser Veterinäramt in Höhe von 97.000 € gibt.

Die Minderausgaben im Bereich Personal liegen laut **Herrn H. Harms** daran, dass die Stellen schon im Januar im Stellenplan berücksichtigt wurden, allerdings die Stellen erst im Laufe des Jahres besetzt worden sind.

Den Produktbericht des Teilhaushalts 37 wird von **Herrn Leinert** vorgestellt (siehe Anlage).

Abschließend stellt **Herr Marušić** den Produktbereich des Teilhaushalts 63 vor (siehe Anlage).

6.2 Trilaterales Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (Nationalparkverwaltung Frau Sobottka)

Herr Leinert führt zunächst in das Thema Trilaterales Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum ein, da der Ausschuss hierfür zuständig ist. Zudem stellt er Frau Sobottka vor.

Frau Sobottka von der Nationalparkverwaltung hält eine Präsentation zum trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrum (siehe Anlage). Weiterhin verteilt sie Informationsmaterial an alle.

Herr Dr. Preuß fragt, ob auch andere Kommunen beitreten können. Dieses wird von **Frau Sobottka** bejaht. Es ist sogar ausdrücklich erwünscht, dass viele Kommunen beitreten.

Frau Heidel möchte gerne wissen, ob die Nationalparkverwaltung aus dem Gebäude an der Virchowstraße ausziehen und ins neue Partnerschaftszentrum einziehen wird. Dieses ist laut **Frau Sobottka** derzeit in Planung.

Herr Leinert berichtet noch über die Bauplanung. Es existiert eine Arbeitsgruppe mit dem Bundesbauministerium, mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium.

Abschließend bedankt sich **Herr Dr. Preuß** bei Frau Sobottka für den Vortrag.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:40 Uhr

Leinert
Dezernent

Dr. Preuß
Vorsitzender

Harms
Protokollführer